



Presseschau vom 13.12.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

deutsch.rt.com: **Einfluss Russlands und Chinas wächst: Ex-Außenministerin Albright für mehr US-Präsenz auf dem Balkan**

Wird die US-Außenpolitik mit einem neuen Präsidenten den Ländern des Westbalkans mehr Aufmerksamkeit widmen – allen voran Serbien? Ginge es nach Ex-Außenministerin Albright, ist dies von äußerster Notwendigkeit. Denn Russland und China würden dort immer einflussreicher. ...

<https://kurz.rt.com/2d5z>

Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam: **Tagesschau und Co: Die Erfolgsgeschichte der Gehirnwäscher**

Die jahrelange Dauerberieselung der Tagesschau und anderer Mainstreammedien mit als Information verkleideter Reklame für deutsche Kriegseinsätze zeigt Wirkung: Immer mehr Deutsche befürworten Auslandseinsätze der Bundeswehr.

<https://kurz.rt.com/2d8g>

abends/nachts:

snanews.de: **Venezolanische Opposition hält Volksbefragung gegen Maduro ab**

Knapp eine Woche nach den Parlamentswahlen in Venezuela hat die Opposition die Regierung des amtierenden Präsidenten Nicolás Maduro herausgefordert.

„Heute erhebt Venezuela seine Stimme“, sagte der Oppositionsführer Juan Guaidó.

Bei der von der venezolanischen Opposition organisierten Befragung wurden die Bürger gefragt, ob sie Maduros Rücktritt und freie Parlaments- und Präsidentenwahlen verlangen sowie die Abstimmung am 6. Dezember anerkennen. Die Venezolaner im In- und Ausland konnten in Wahllokalen und im Internet abstimmen.

Am vergangenen Sonntag hatten in Venezuela inmitten einer schweren politischen und ökonomischen Krise die Parlamentswahlen stattgefunden. Nach Angaben der Nationalen Wahlkommission belegte die sozialistische Regierungspartei PSUV nach Auszählung von rund 82 Prozent der Stimmen den ersten Platz mit 67,6 Prozent der Wählerstimmen. Auf dem zweiten Platz befindet sich demnach die Demokratische Allianz von der Opposition mit rund 18 Prozent der Stimmen.

Bedeutende Teile der Opposition hatten die Wahlen mit der Begründung boykottiert, es sei mit Betrug zu rechnen. Wie die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im Vorfeld erklärt hatte, seien die Voraussetzungen für freie und faire Wahlen nicht gegeben.

Auch einige lateinamerikanische Länder, die zur Lima-Gruppe gehören, hatten in einer gemeinsamen Erklärung betont, dass die am Sonntag in Venezuela abgehaltenen Parlamentswahlen unrechtmäßig gewesen seien. Die Erklärung war von 16 Ländern, darunter Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Costa Rica und Honduras, unterschrieben worden.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0c/135411_0:0:3068:1727_600x0_80_0_0_f2594e57fd8ab0b942aed47add49a168.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. Dezember 2020 wurde **eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Um 13:30 Uhr aus Richtung Swetlodarsk in Richtung **Losowoje**: automatische Granatwerfer (3 Granaten);

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

rusvesna.su: **Es wurde bekannt, wie viele Einwohner der von LVR und DVR Bürger Russlands geworden sind**

Rodion Miroshnik, politischer Experte und Vertreter der LVR in der trilateralen Kontaktgruppe von Minsk, sprach über die Fortschritte bei der Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft durch Einwohner der Volksrepubliken Lugansk und Donezk.

„Die Zahl der neuen russischen Bürger, die in der LVR und DVR leben, hat 350.000

überschritten!

In der Volksrepublik Lugansk haben bereits 564.000 Einwohner Pässe der LVR erhalten, und 173.000 Menschen haben russische Pässe erhalten.

In der Volksrepublik Donezk wurden 608.000 Pässe der DVR ausgestellt und 184.000 Menschen erhielten die russische Staatsbürgerschaft.

Insgesamt leben heute 357.000 russische Staatsbürger in der LVR und der DVR.

Mehr als 100.000 Menschen, Einwohner der Regionen Lugansk und Donezk, erhielten nach einem vereinfachten Verfahren die russische Staatsbürgerschaft und leben jetzt in der Russischen Föderation."



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/pasport_rf_grazhdanstvo.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 12. Dezember 3:00 Uhr bis 13. Dezember 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstands mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Mariupol: automatische Granatwerfer – einmal (3 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaft: **Leninskoje**.

Um 11:30 Uhr wurde im Gebiet von Wodjanoje eine Detonation bemerkt.

Um 13:16 Uhr wurden im Gebiet von Opytnoje drei Detonationen bei der Durchführung technischer Arbeiten durch die BFU festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse betrug 3.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Bewaffnete greifen Schule in Nigeria an – Hunderte Kinder entführt

Eine mit AK-47-Strumgewehren bewaffnete Bande hat laut Reuters eine Sekundarschule im Gebiet Kankara im Nordwesten Nigerias (Bundesstaat Katsina) überfallen und viele Kinder entführt. Rund 400 Schüler werden offenbar vermisst.

Zur Attacke kam es demnach am Freitagabend. Vor Ort hätten es Polizisten angeblich zurückgeschossen hätten. Deswegen hätten einige Schüler sich in Sicherheit bringen können,

so Reuters unter Verweis auf den Polizeisprecher Gambo Isah. Insgesamt sollen circa 800 Kinder in der Schule gewesen sein, etwa die Hälfte werde vermisst. Nach einem Behördenstatement vom Samstag fanden Militärs die Gruppe, ein Schusswechsel sei gefolgt. Ein Polizist soll eine Schusswunde erlitten haben. Der Bundesstaat Katsina ist geplagt von Gewalttaten und Anschlägen. Banditen überfallen oft Einheimische und entführen sie gegen Lösegeld. In den nord-östlichen Regionen Nigerias erfolgen oft Attacken durch islamistische Milizen.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/0d/138642_0:23:3306:1883_600x0_80_0_0_33341c49ea0a3dad003d8d000eb9a6f5.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 13. Dezember um 9:00 Uhr 1888 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 1634 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 156 Todesfälle.

мздр.рус: Am 12. Dezember wurden in der DVR 249 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 95 positiv, bei 29 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 aufgrund klinischer Merkmale gestellt.

Am 13. Dezember um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 12.525 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4102 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 7275 als gesund entlassen, es gibt 1148 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 87 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 18 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 60 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1686 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 563 mit Sauerstoffunterstützung (+25 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

snanews.de: **Nach EU-Kritik an Exekution: Iran bestellt deutschen Botschafter ein** Teheran hat Medienberichten zufolge den deutschen Botschafter einbestellt, nachdem die Europäische Union die Hinrichtung des regimekritischen Journalisten Ruhollah Sam auf das Schärfste kritisiert hatte, meldet Reuters.

Irans Außenministerium wolle zudem den französischen Botschafter einbestellen, so die

iranische halbamtliche Nachrichtenagentur Fars am Sonntag.

Die EU, deren Ratsvorsitz derzeit Deutschland hat, und Frankreich hatten die Exekution von Ruhollah Sam scharf kritisiert. Die Todesstrafe werde unter allen Umständen von der EU abgelehnt. Frankreichs Außenministerium nannte die Todesstrafe „barbarisch und inakzeptabel“ und sprach von einer ernsthaften Verletzung der Rede- und Pressefreiheit im Land. Auch Amnesty International und die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ verurteilten diese Hinrichtung.

Der iranische regimekritische Journalist Ruhollah Sam wurde am Samstag hingerichtet. Der Oberste Gerichtshof des Irans bestätigte am Dienstag das Todesurteil von Sam, der 2019 nach Jahren im Exil gefangen genommen wurde.

Zuvor lebte Sam in Frankreich und betrieb einen News-Kanal namens „Amad News“ in der Messaging-App Telegram. Dort hatte er mehr als eine Million Anhänger. Sam wurde beschuldigt, mit französischen und israelischen Geheimdiensten gegen den Iran zusammengearbeitet und versucht zu haben, den Iran durch Anstiftung zu Gewalt bei den Protesten von 2017 zu destabilisieren, so Al Jazeera. Er selbst bestritt diese Vorwürfe.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/0c/128630_0:0:3072:1728_600x0_80_0_0_6fb7dabd152fac8176251d98347f240a.jpg

rusvesna.su: **„Wohin schauen Sie?“ Putin kritisierte die Regierung scharf**

Bei einem Treffen der Regierung der Russischen Föderation kritisierte Wladimir Putin einzelne Minister scharf für den Preisanstieg für Grundnahrungsmittel und forderte, dass dieses Problem spätestens nächste Woche gelöst werde.

Der Präsident bezeichnete den Preisanstieg für Nudeln, Mehl und Zucker bei einer solchen Getreide- und Rübenenernte als inakzeptabel: „Was wir produzieren, muss im Land konsumiert werden.“

Er fragte auch, wie lange die Experimente mit Zöllen auf Sonnenblumenöl dauern würden. Putin widmete dem Leiter des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung, Maxim Reschetnikow, besondere Aufmerksamkeit.

„Sie erzählen mir Märchen“, schloss der Präsident und betonte, dass der Anstieg der Lebensmittelpreise aus wirtschaftlichen Gründen verursacht wurde und nichts mit der Pandemie und dem Produktionsniveau zu tun hatte.

Wie üblich beherrscht Putin die Zahlen hervorragend und orientiert sich an der Situation: „Das real verfügbare Einkommen ist um wie viel gesunken, um 3%? Um 4,3%. Und die Zuckerpreise stiegen um über 71 Prozent. Die Menschen beschränken sich, weil sie kein Geld für Grundnahrungsmittel haben.“

„Was hat eine Pandemie damit zu tun?! Es hat überhaupt nichts damit zu tun - es verschärft nur unsere Position in den Augen der Bürger. Wohin, wohin sehen Sie?“, so Putin

„Die Russen essen kein Bolognese, sondern Flottenmakkaroni (traditionelles russisches

Nudelgericht mit Hackfleisch, A.d.Ü.). Der Preisanstieg ist für sie inakzeptabel", fasste der Präsident zusammen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_putin_2.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 13. Dezember 2020

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **dreimal den Komplex der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt**.

In **Richtung Donezk** wurde die **Durchführung technischer Arbeiten** durch Kämpfer des 37. Panzergrenadierbataillons der 56. Brigade im Gebiet von Opytnoje bemerkt, wo drei Detonationen festgestellt wurden.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU in Verletzung des zweiten Punkts der geltenden Maßnahmen auf Befehl des Kriegsverbrechers Gnatow drei Granaten mit Unterlaufgranatwerfern auf das Gebiet von **Leninskoje** abgefeuert.

Außerdem wurde im Gebiet von Wodjanoje eine Detonation während der **Durchführung technischer Arbeiten** durch Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade bemerkt.

Die Fälle von grober Verletzung des Waffenstillstands wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die **Stationierung von einem Schützenpanzer** aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade wurde **in der Nähe von Wohnhäusern am östlichen Rand von Starognatowka** in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen entdeckt.

Dieser Sachverhalt wird auch von einem offiziellen Bericht der OSZE-Mission bestätigt.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner dreimal den Komplex der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade in Verletzung des zweiten Punkts der geltenden Maßnahmen bei technischen Arbeiten zwei Schüsse mit einem Unterlaufgranatwerfer in Richtung **Wesjoloje** abgegeben.

In **Richtung Gorlowka** wurden bei der **Durchführung von Befestigungsarbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen** durch Kämpfer des 503. Bataillons der 35. Brigade der BFU im Gebiet des Jushnaja-Bergwerks in Dsershinks zwei Detonationen bemerkt.

Die Fälle von Verstößen wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur

Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuertätigkeit von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Wir haben Informationen über die Bilanz der Feiern der Kämpfer zum „Tag der Bodentruppen der Ukraine“ erhalten.

In Mariupol verursachten Kämpfer des 501. Bataillons der 36. Brigade bei der Fahrt mit einem persönlichen Fahrzeug des Typs „Nissan“ einen Zusammenstoß mit einem Baum. Infolge des Verkehrsunfalls benötigte einer der vier Passagiere – der Matrose Tereschtschenko – ärztliche Behandlung. Mit einem Knochenbruch am rechten Bein wurde der Kämpfer in das zentrale Stadtkrankenhaus von Mariupol eingeliefert. Der Fahrer und drei Passagiere wurden von Mitarbeitern der militärischen Rechtsordnungsdienstes, die vor Ort eintrafen, festgenommen.

Bei einer vorläufigen Ermittlung wurde festgestellt, dass die festgenommenen Kämpfer die Positionen im Gebiet von Schirokino verlassen hatten und zum Trinken von Alkohol in die Stadt gefahren waren. Um einen Bericht über den Vorfall an den Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zu verhindern, holte der Brigadekommandeur Gnatow persönlich die Soldaten aus der Kommandantur ab.

Uns wurde bekannt, dass der Leiter der Donezker Oblastverwaltung Kirilenko sich an das Verteidigungsministerium der Ukraine mit einer Beschwerde über die Handlungen der bewaffneten Formationen gewandt hat, die die humanitäre Lage gefährden und die Rechte der Bürger beschneiden.

In seinem Brief lenkt Kirilenko die Aufmerksamkeit insbesondere auf die Durchführung technischer Arbeiten durch Kämpfer der 35. Brigade der BFU im Gebiet von Schumy durch Sprengungen des Bodens in unmittelbarer Nähe einer Wasserleitung, deren Beschädigung zu Unterbrechungen der Wasserversorgung auf dem Territorium der Ukraine führen wird. Außerdem beschwert er sich über den Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegsführung durch Kämpfer der BFU auf dem gesamten Frontterritorium, in dessen Folge Probleme mit der Telefonverbindung und dem Fernsehempfang zu beobachten sind.

deutsch.rt.com: Lawrow: Russland und Iran wollen negativen Auswirkungen der US-Sanktionen entgegenzutreten

Angesichts der US-Sanktionen würden Moskau und Teheran Maßnahmen ergreifen, um den bilateralen Handel nicht schrumpfen zu lassen, betonte Russlands Top-Diplomat. Lawrow verurteilte erneut scharf den Mordanschlag auf den hochrangigen iranischen Atomphysiker Mohsen Fachrisadeh.

Russland und der Iran werden nach neuen Methoden suchen, um den negativen Auswirkungen der Sanktionen auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder entgegenzuwirken, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Samstag in einem Interview mit dem staatlichen Rundfunk der islamischen Republik Iran.

Angesichts der US-Sanktionen würden Moskau und Teheran Maßnahmen ergreifen, um den bilateralen Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht schrumpfen zu lassen, betonte der Top-Diplomat. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wachse jedoch dank der Verringerung des Anteils von Fremdwährungen im gegenseitigen Handel. Statt des US-Dollars werde auf eigene Währungen im Handel zwischen dem Iran und Russland fokussiert, während ein neues und kreatives Konzept für wirtschaftliche Interaktion entwickelt worden sei.

Es sei dabei notwendig, eine Kampagne in der UNO und in anderen multilateralen Organisationen zu starten, um einseitige Sanktionen anzuprangern und das allgemeine Verständnis für die Notwendigkeit zu fördern, sie zu beenden, betonte der russische Außenminister. Russland lehne alle Versuche, unrechtmäßige und einseitige Sanktionen zu verhängen und sie auch "extraterritorial" anzuwenden, entschieden ab. Solche rechtswidrigen

Verfahren seien erst dann offenbar geworden, als die USA einseitig aus dem Atomabkommen mit Iran ausstiegen, so Lawrow.

„Wir weigern uns nicht nur, einseitige Sanktionen anzuerkennen, sondern unterstützen den Iran mit konkreten Maßnahmen. Wir tun mehr als jeder andere. In Zahlen ausgedrückt, sind dies Milliarden Dollar (Handelsvolumen). Die Arbeit läuft in alle Richtungen: von der Landwirtschaft bis zur Informationstechnologie“, erklärte Lawrow.

Das bilaterale Handelsvolumen zwischen dem Iran und Russland stieg 2019 um über 20 Prozent (im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum) an, während es in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um acht Prozent angesichts der Coronavirus-Pandemie anstieg. Russlands Importe aus der Islamischen Republik wachsen deutlich schneller als ihre Exporte, fügte der Außenminister hinzu. Er verwies zudem auf ein befristetes Freihandelsabkommen zwischen dem Iran und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU), das 2019 in Kraft getreten war, und den Zugang der iranischen Produktion zum großflächigen Markt aller Mitgliedsstaaten der EAEU erleichterte.

Nach dem Ausstieg aus dem Atomabkommen im Jahr 2018 haben die USA alte, bereits ausgesetzte Sanktionen gegen den Iran wieder eingeführt und neue verhängt. In einem umstrittenen Alleingang und gegen den Willen des UN-Sicherheitsrates hatte unlängst im September die US-Regierung alle UN-Sanktionen gegen den Iran wieder für gültig erklärt. Doch Washington stand mit dem Vorhaben recht einsam da. Nicht nur Russland und China stellten sich gegen die einseitige Wiedereinsetzung der Sanktionen, sondern auch europäische Mächte. Eine Spaltung im transatlantischen Block zeichnete sich allerdings seit Trumps Regierung bezüglich der Sanktionsfrage gegen den Iran ab. In der Tat gelang es jedoch den europäischen Mächten nicht, glaubwürdige Maßnahmen gegen einseitige US-Sanktionen zu ergreifen, während diese vom Iran permanent die Einhaltung des Atomabkommens verlangen. Teheran reagierte bislang auf die Wiedereinsetzung der US-Sanktionen mit einem schrittweisen Zurückschrauben der Einhaltung des Abkommens von 2015.

In diesem Online-Interview mit dem staatlichen Rundfunk des Irans verurteilte Lawrow erneut scharf den Mordanschlag auf den hochrangigen iranischen Atomphysiker Mohsen Fachrisadeh.

„Dieser Terror ist eine Provokation, und wir sehen diesen Mordanschlag im Zuge der Destabilisierungsversuche in der Region – eine Region, die ohnehin in viele Probleme und Widersprüche verwickelt ist“, sagte Lawrow.

Mohsen Fachrisadeh wurde am 27. November bei einem Attentat in der Nähe der iranischen Hauptstadt Teheran ermordet. Er war in Begleitung seiner Frau und wurde von elf Sicherheitskräften der Iranischen Revolutionsgarde eskortiert. Sein Leibwächter wurde von vier Kugeln getroffen, als er sich schützend über den Wissenschaftler warf. Nach Angaben der Revolutionsgarde seien jedoch keine Angreifer vor Ort gewesen. Die Waffe wurde per Satellit ferngesteuert.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.12/article/5fd4d98b48fbef25814d496d.jpg>

sputnik.by: **Minsk am Protesttag: Zum ersten Mal mit funktionierendem Internet und offener U-Bahn**

Das Video zeigt, wie die Minsker das vierte Wochenende in Folge im Format der „Hofmärsche“ verbringen und wie die Stadt am Tag des Protests aussieht.

<iframe width="1000" height="563" src="https://www.youtube.com/embed/DnUE5ir9oSw" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/DnUE5ir9oSw>

Heute konnte man in verschiedenen Bezirken von Minsk Transportwagen und Kleinbusse mit Polizeibeamten sehen, die entlang der Straße standen, während die Proteste selbst in Innenhöfen stattfanden.

Die U-Bahn-Stationen haben heute nicht geschlossen, und das mobile Internet hat den ganzen Tag funktioniert - seit dem 9. August ist dies sonntags nicht mehr passiert.

Vor etwa einem Monat haben die Einwohner von Minsk das Format des Protestes geändert. Anstelle des allgemeinen Marsches, der früher auf den zentralen Straßen und Alleen begann, organisieren Gegner der gegenwärtigen Regierung Kundgebungen in ihren eigenen Innenhöfen.

Die Nachbarn vereinbaren eine Sammelstelle und treffen sich zur festgelegten Zeit dort. Diese Taktik wurde gewählt, um die Arbeit der Sicherheitskräfte zu "verkomplizieren" und Verhaftungen zu vermeiden.

Im Stadtteil Lebjashij kamen Menschen mit Kindern auf dem Hof zu einem Weihnachtsbaum. Nach einem Gespräch mit den Bewohnern traten die Polizisten beiseite. Anhänger des amtierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko, die traditionell vom Wasserpark Lebjashij aus starten, fuhren mit als Autokorso vorbei.

Es blieb auch heute nicht ohne Verhaftungen. Die genaue Anzahl der inhaftierten Teilnehmer wurde vom Innenministerium noch nicht bekanntgegeben.

Mil-Inr.su: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR

In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben der Beobachter der LVR im GZKK **eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 59. Brigade in **Richtung Swetlodarsk** eine Feuerprovokation begangen und die Positionen im Volksmiliz im Gebiet von **Losowoje** mit einem automatischen Granatwerfer beschossen.

Außerdem haben unsere Beobachter eine **Schusswechsel auf den Positionen der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Solotoje-4** bemerkt, in dessen Ergebnis zwei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte verletzt wurden. Die Verletzten wurden in ein Krankenhaus von Sewerodonezk eingeliefert.

Nach Angaben unserer Quellen geschah der Schusswechsel infolge des Fehlens von Zusammenarbeit zwischen den Einheiten der Brigade.

So rückte ein Scharfschützenpaar aus einer Aufklärungskompanie der 92. Brigade, die Soldaten Postowit und Nasarenko, in Richtung Perwomajsk vor, um provokativen Beschuss der Positionen der Volksmiliz der DVR durchzuführen. Die Information über die Aktivität der Scharfschützen wurde nicht rechtzeitig an das Personal der 92. Brigade, das Dienst an den Frontpositionen des Verbandes tat, weitergegeben, und während des Vorrückens im Gebiet von Solotoje-4 wurde das Scharfschützenpaar für Diversanten gehalten und von seinen Kameraden aus dem 2. Bataillons der 92. Brigade beschossen.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus sowie zur Verhinderung der Fälschung von Berichtsdaten zu den Beschießungen wurde die ukrainische Seite im GZKK operativ über diese Vorfälle in Kenntnis gesetzt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

So hat unsere Aufklärung in den letzten 24 Stunden die Stationierung folgender Technik der ukrainischen Besatzer entdeckt:

im Verantwortungsbereich der 80. Brigade – zwei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Bolotonneoje;

im Verantwortungsbereich der 59. Brigade – drei Schützenpanzer im Gebiet von Luganskoje. Außerdem wurde die Anwesenheit von drei Kämpfern der 92. mechanisierten Brigade auf den ehemaligen Positionen im Gebiet von Solotoje bemerkt.

Diese Sachverhalte werden auch vom Bericht der OSZE-Mission vom 12.12.20 bestätigt. ...

snanews.de: „**Times**“ schreibt über „**zweiten Giftanschlag**“ auf Nawalny

Die britische Zeitung „Times“ behauptet mit Verweis auf anonyme Quellen in den deutschen Geheimdiensten, man habe Alexej Nawalny auch zum zweiten Mal in Russland zu vergiften versucht. Dies sei während seines Aufenthalts in einem Krankenhaus in Omsk geschehen, wo er in ein künstliches Koma versetzt wurde.

„Wie uns Quellen in westlichen Geheimdiensten mitteilten, waren verdächtige Mitarbeiter der staatlichen Sicherheitsorgane nach dem missglückten ersten Tötungsversuch darum bemüht, mit der Tötung zu Ende zu kommen – mit einer zweiten Giftdosis, bevor es gelang, ihn an einen sicheren Ort in Berlin zu bringen“, schreibt die Zeitung, ohne Personen und Behörden beim Namen zu nennen.

Mitarbeiter der deutschen Geheimdienste hätten diese Informationen ihren Kollegen in Großbritannien mitgeteilt, so das Blatt. Man habe versucht, Nawalny zu vergiften, als er auf seinen Abflug nach Deutschland vorbereitet worden sei, hieß es. Die Zeitung erbringt jedoch keine Belege für diese Behauptung.

„Dies ist mit der Erwartung getan worden, dass er (Nawalny) zu dem Zeitpunkt seiner Ankunft in Berlin tot sein werde“, zitiert die Zeitung eine anonyme Quelle. In Beantwortung dieser Beschuldigung sagte der russische Präsident Wladimir Putin, hätten die Behörden jemanden vergiften wollen, hätten sie diese Person kaum zur medizinischen Behandlung nach Deutschland fliegen lassen.

Erst am Freitag hatte der russische Präsident Wladimir Putin eine ausführliche Erläuterung zu der Weigerung Deutschlands gegeben, an den Ermittlungen zu dem Vorfall mit Nawalny mitzuwirken.

Putin verwies bei einem Treffen mit den Mitgliedern des Menschenrechtsrates darauf, dass zu dem Fall ermittelt werde und die deutsche Seite bis jetzt kein offizielles schriftliches

Gutachten zu ihrer Untersuchung geschickt habe. Russische Experten würden trotz zahlreicher Anträge nicht zu den Ermittlungen im Ausland zugelassen. Da Berlin keine notwendigen Materialien zur Verfügung gestellt habe, sei auch kein Strafverfahren in Russland angestrengt worden, so Putin.

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) teilte im Oktober mit, dass in den Blut- und Urinproben des russischen Bloggers und Kreml-Kritikers Alexej Nawalny Giftspuren festgestellt worden seien, welche auf einen der Nowitschok-Gruppe ähnlichen Nervenkampfstoff schließen ließen. Dieser soll jedoch nicht in der Chemiewaffenkonvention gelistet sein. Die Untersuchung beruhte demnach auf eigenen Analysen der OPCW und soll mit den Befunden der Spezial-Labore in Deutschland, Frankreich sowie in Schweden übereingestimmt haben.

Der Entwickler des Kampfstoffs „Nowitschok“, Leonid Rink, hatte im Gespräch mit Sputnik die Version einer Vergiftung Nawalnys mit „Nowitschok“ oder einem anderen toxischen Stoff ausgeschlossen, weil der Blogger in einem solchen Fall nicht hätte überleben können. Die aufgetretenen Symptome dürften eher für akute Pankreatitis oder andere Erkrankungen der inneren Organe sprechen, so Rink.

Hintergrund

Alexej Nawalny war am 20. August auf einem Inlandsflug (Tomsk – Moskau) zusammengebrochen. Er wurde zunächst in einem Omsker Krankenhaus behandelt und dort in ein künstliches Koma versetzt. Basierend auf den Ergebnissen der Untersuchungen nannten die Omsker Ärzte als Hauptdiagnose eine Stoffwechselstörung, die eine starke Veränderung des Blutzuckers verursacht hatte.

Der 44-Jährige wurde später auf Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt. Anfang September wurde Nawalny aus dem Koma geholt und bereits am 23. September aus der Berliner Charité entlassen.

Rusvesna.su: Alle Häfen der Ukraine werden in naher Zukunft zur Konzession überführt oder privatisiert

In den nächsten vier Jahren plant das Infrastrukturministerium, alle Häfen der Ukraine in Konzessionen oder in Privatbesitz zu überführen.

Dies erklärte der Abteilungsleiter Wladislaw Kriklij während der jährlichen internationalen Konferenz von UkraineInvest.

„Unser Ziel für die nächsten vier Jahre: Wir wollen alle Häfen in Konzessionen oder in Privatbesitz überführen“, sagte der Minister.

Laut Kriklij bereitet die Abteilung derzeit eine Konzession für eine Eisenbahnfähranlage, das ersten und das Containerterminal des Hafens „Chornomorsk“ sowie für einen Passagierkomplex im Hafen von Odessa vor.

In den Zukunftsplänen des Ministeriums ist die Konzession der Seehandelshäfen in Berdjansk und Izmail vorgesehen.

Darüber hinaus bereitet das Ministerium die Häfen in Belgorod-Dnestrovsky, Ust-Dunaisky und Skadovsk auf die Privatisierung vor.

Kriklij fügte hinzu, dass die Konzession oder Privatisierung nicht nur die Entwicklung eines bestimmten Hafens vorsehe, sondern auch die umliegende Infrastruktur, insbesondere Schiene und Straße.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/port_mariupol.jpg

abends:

snanews.de: **Chinesische Mondsonde auf dem Rückweg zur Erde**

Die chinesische Raumsonde „Chang'e-5“ mit Materialien vom Mond hat ihren Rückflug zur Erde begonnen. Dies meldet die Nachrichtenagentur Xinhua am Sonntag unter Berufung auf Chinas Weltraumbehörde CNSA.

Die Triebwerke der Sonde zündeten demnach früh am Sonntag (Pekinger Zeit), als „Chang'e-5“ sich in 230 Kilometern Entfernung von der Oberfläche des Mondes befand, und schalteten 22 Minuten später ab. Der Raumflugkörper habe erfolgreich seine Flugbahn zur Erde erreicht. „Chang'e-5“ startete am 24. November zum Mond und setzte am 1. Dezember auf dem Erdsatelliten auf. Geplant war es laut der Nachrichtenagentur Reuters ursprünglich, im Rahmen der chinesischen Mission zwei Kilo Material auf dem Mond zu sammeln. Sollte die Sonde plangemäß in der chinesischen Region Innere Mongolei landen, wird die Volksrepublik das dritte Land nach den USA und der UdSSR sein, das Mondproben zur weiteren Untersuchung auf die Erde gebracht hat.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/0d/142745_0:136:2865:1748_600x0_80_0_0_7c059d3756daa0ea8e2ac4918c5e78b4.jpg

